



Das Elektroauto muss nun 72 Stunden im Wasser bleiben. Foto: zoom.tirol

Heizlüfter entzündete E-Auto

JENBACH Jüngste Studien belegen, dass Elektroautos nicht häufiger in Brand geraten als Modelle mit Verbrennungsmotor. Brennen ihre Batterien aber erst, wird es für Beteiligte und Einsatzkräfte heikel. So war gestern in Jenbach gegen 11 Uhr erst bei einem Elektroauto Rauchentwicklung festgestellt worden. Darauf wurde das Fahrzeug zum ÖAMTC-Stützpunkt nach Schwaz abgeschleppt.

Mit Kran in Wassercontainer
Dort begann das Fahrzeug jedoch wieder im Bereich der Batterie zu brennen. Die Schwazer Feuerwehr musste anrücken und einen Container aufstellen. Das brandgefährliche Auto wurde darauf in ein Wasserbad gehoben. Dort muss es nach Auskunft der Feuerwehr gegenüber der *TT* nun über 72 Stunden verbleiben. Ersten Untersuchungen zufolge dürfte ein nachträglich eingebauter Heizlüfter den Brand ausgelöst haben. (*fell*)

Todesfälle

In Pfunds: Gerhard Gabl, 63 Jahre. **In Obsteig:** Agnes Brockmann, 83 Jahre. **In Natters:** Elisabeth Faber, geb. Pöder, 75 Jahre. **In Mieders:** Erika Plank, geb. Greiderer, 86 Jahre. **In Aldrans:** Othmar Czúscheck, 90 Jahre. **In Ampass:** Luise Wolf, geb. Mair, verw. Reckendorfer, 90 Jahre. **In Innsbruck:** Athineso Philippou, 94 Jahre. Maria Vogric, 88 Jahre. Günter Hanl, 81 Jahre. Gerald Hertscheg, 61 Jahre. **In Rum:** Annelies Würtenberger, geb. Nusser, 86 Jahre. **In Thaur:** Maria Giner, 100 Jahre. **In Fritzens:** Margot Hechenblaickner, geb. Schütz, 92 Jahre. **In Wattens:** Monika Lintner, geb. Wallner, 85 Jahre. **In Schwaz:** Traudi Lamprecht, geb. Hasler, 77 Jahre. **In Fügen:** Lieselotte Schober, 86 Jahre. **In Breitenbach am Inn:** Karl Leitner, „Köpf Kali“, 81 Jahre. **In Kitzbühel:** Gunter Märker, 82 Jahre. **In Lienz:** Itta Majerotto, geb. Walde, 96 Jahre. Toni Oberhofer, 89 Jahre. **In Virgen:** Cäcilia Mariacher, geb. Wurnitsch, „Stöffler Cille“, 87 Jahre. **In Prägraten am Großvenediger:** Clara Berger, geb. Mariacher, 84 Jahre.

Teures Nachspiel für Agrarier

LANGKAMPFEN Der Verwaltungsgerichtshof soll klären, ob die Agrargemeinschaft Unterlangkampfen noch 400.000 Euro Steuer nachzahlen muss. Das wäre besonders für die Erben bitter.

Von Wolfgang Otter

In einer österreichweit wohl einmaligen Rechtssache steht die letzte juristische Entscheidung im Zusammenhang mit der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen bevor. Seit knapp zehn Jahren dreht sich der Streit um die Frage, ob die Mitglieder der Agrargemeinschaft rund 400.000 Euro Kapitalertragsteuer an das Finanzamt zahlen müssen, nachdem eine Auszahlung vom Finanzamt als Gewinnausschüttung gewertet wurde.

„Hatten nichts vom Geld“

Nachdem sich der Verfassungsgerichtshof für nicht zuständig erklärt hatte, entschied der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung – in Absprache mit der Agrargemeinschaft –, als letzte Instanz den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) gegen die Vorschreibung anzurufen. Sollte dieser nicht im Sinne der Agrarier entscheiden, drohen 27 Mitgliedern Zahlungen von bis zu 20.000 Euro für jeden der 40 Anteile, weil sich zur Steuerschuld auch Kosten des Rechtsstreits und Zinsen summieren. Manche Mitglieder besitzen mehrere Anteile und müssten entsprechend tiefer in die Tasche greifen. „Und das, obwohl wir nichts vom Geld hatten“, sagt Georg Karrer jun., Obmann der Agrargemeinschaft.

Tatsächlich hatten die Mitglieder das Geld nur wenige Tage auf dem Konto. Die Auszahlung von 1,5 Millionen Euro aus einem Grundverkauf war nach Darstellung der Agrargemeinschaft lediglich als Darlehen gedacht. Dabei unterließ jedoch ein Fehler, und das Finanzamt wertete die Auszahlung als Gewinnausschüttung. Dabei hatte die Agrarbehörde die Auszahlung ohnehin untersagt. Hintergrund ist, dass in Unterlangkampfen eine atypische Agrargemeinschaft festgestellt wurde, die aus Grund der Gemeinde hervorgegangen



Im Gemeindeteil Unterlangkampfen ist das Tauziehen um die Agrargemeinschaften noch nicht beendet. Foto: Otter

ist – damit sind die betroffenen Flächen der Kommune zuzurechnen. Innerhalb weniger Tage zahlten die Mitglieder das Geld daher wieder zurück.

Alle Einsprüche gegen die Vorschreibung wurden zurückgewiesen. Bürgermeister Andreas Ehrenstrasser überwies schließlich in seiner Funktion als Substanzverwalter den geforderten Betrag. Weil das Geld der Gemeinde zuzurechnen ist, muss sie die Steuerschuld nun von den Mitgliedern einfordern.

Parallel dazu versuchte man gemeinsam, beim Finanzamt eine Nachsicht zu erreichen. Bislang blieb die Behörde jedoch hart und hält an der For-

„Wie es weitergeht, wenn wir verlieren? Damit beschäftigen wir uns, wenn es so weit ist.“

Josef Greiderer
Substanzverwalter

derung fest. Nun muss der Verwaltungsgerichtshof entscheiden, ob das berechtigt ist oder nicht.

Sollten die Richter die Revision der Langkampfner zurückweisen, dürfte es kommunalpolitisch heftig werden, denn der neue Substanzverwalter, Vizebürgermeister Josef Greiderer, müsste das Geld dann von den Mitgliedern einfordern – wie hoch die Summe genau ausfallen wird, hängt mit der Schlussabrechnung zusammen.

Bitter für Erben

Besonders bitter ist die Situation für Rechtsnachfolger, die die Lasten übernommen haben. Ob diese letztlich tatsächlich von der Gemeinde zur Zahlung herangezogen werden, lässt Greiderer offen: „Damit

beschäftigen wir uns, wenn es so weit ist.“ Auch Agrarobmann Karrer jun. will sich dazu nicht äußern, hofft aber, „dass das Gericht auf unserer Seite ist“.

Zweite Baustelle

Probleme gibt es nicht nur in Unterlangkampfen: Eine zweite Agrargemeinschaft besteht im Ortsteil Niederbreitenbach. Dort ist die Frage der Regulierung – auch wenn die Agrarbehörde ebenfalls von einer atypischen Gemeinschaft ausgeht – noch nicht bis zur letzten Instanz entschieden. Im Raum stehen 340.000 Euro, die der Gemeinde zustehen sollen. Viel Geld – selbst für die Industriegemeinde Langkampfen.

Finanzielle Hürden schrecken junge Ärzte ab

BRIXEN IM THALE Die Frage der ärztlichen Versorgung am Land wurde in Brixen von Experten diskutiert. Neben einer besseren Abrechnung mit der Kasse sollten junge Ärzte angeworben werden.



Das Forum Land lud nach Brixen zur Podiumsdiskussion „Medizin für Land und Leute – Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“. Foto: Angerer

„Ihr im Brixental seid gut versorgt, ein paar Gemeinden weiter in St. Johann schaut es anders aus. Im Bezirk Kitzbühel fehlen etwa zwei Kinderärzte“, sagt Günter Atzl, Kammeramtsdirektor der Ärztekammer Tirol und führt weiter aus: „Eine Kinderarztstelle in Kitzbühel ist sogar schon seit 2017 unbesetzt, und es fehlt ein Psychiater in Kitzbühel.“

Atzl war einer der Experten bei der Podiumsdiskussion „Medizin für Land und Leute – Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“ kürzlich in Brixen. Das Thema brennt den Menschen

unter den Nägeln, denn der Saal der Volksschule in Brixen war gut gefüllt.

Die Landarztstellen seien wenig begehrt, ein Grund dafür sind nicht nur die Kassentariife. Hohe Lebenserhaltungskosten, wie die Mieten in Kitzbühel, seien ein Thema. Eine große Hürde seien zudem aus Sicht von Kerstin Gasser-Puck, sie ist Hausärztin in Brixen, die finanziellen Herausforderungen beim Start oder Übernahme einer Praxis. „Man könnte viele Ärztinnen und Ärzte motivieren, in die Allgemeinmedizin zu kommen, weil sie auch wirklich spannend ist. Aber die

Rahmenbedingungen sind schwierig“, sagt Gasser-Puck. Eine neue Ordination einzurichten, das kostet zwischen 100.000 und 200.000 Euro.

Dieses Risiko würden auch andere Jungunternehmer tragen, „aber die dürfen auch alle erbrachten Leistungen abrechnen“, betont Gasser-Puck. „Wir machen viele Leistungen, die wir nicht verrechnen können. Diese Kosten nehmen wir auf uns“, erklärt Peter Fuchs, Hausarzt in Brixen. Ein Vorschlag von Gasser-Puck ist, dass zum Beispiel die Gemeinden die Haftung für einen Kredit übernehmen könnten. (*aha*)